



# DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

## IM GESPRÄCH

**Dr. Manfred  
Haimbuchner**

Der FPÖ-Landesparteiobmann übt scharfe Kritik an der Regierung beim Krisenmanagement während der Corona-Pandemie. Es brauche jetzt dringend Schritte, um der Wirtschaft zu helfen.

Seite 20



**Am Rande des demokratischen Modells:**

# Demokratie in der Krise

Seiten 8-9

### EPIDEMIEGESETZ UND ENTSCHÄDIGUNGEN

Die Bundesregierung hat ohne Not das Epidemiegesetz geändert und aus Anspruchsberechtigten Unternehmen Bittsteller gemacht.

Seite 6

### SOJAIMPORTE BESCHLEU- NIGEN KLIMAWANDEL

Eine Studie aus Bonn zeigt, dass der Import von Soja den Klimawandel beschleunigt und Waldflächen in den Anbauländern vernichtet.

Seite 14

### LANDWIRTSCHAFT: KRISE ALS CHANCE NUTZEN

Die Landwirtschaft muss sich aus dem Bermuda-Dreieck zwischen ÖVP, Bauernbund und Landwirtschaftskammern befreien.

Seiten 18-19

### KAMMERREFORM DRINGEND NOTWENDIG

Die Freiheitlichen Bauern erneuern ihre Forderung nach einer umfassenden Reform der Landwirtschaftskammer, um zukunftsfähig zu sein.

Seite 23

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 02/20 (22.05.2020)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich  
Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz  
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info

### BIOENERGIE: ÖSTERREICHER WIRD WELTPRÄSIDENT

Der Geschäftsführer des österreichischen Pelletverbandes und Physiker, Christian Rakos, wird Präsident der World Bioenergy Association. Rakos folgt Remigijus Lapinskas aus Litauen, dessen Periode nach vier Jahren regulär endet.



### LK ÖÖ WARNT VOR FUTTERKNAPPHEIT WEGEN DÜRRE

Durch die Frühjahrstrockenheit könnte es massive Einbußen beim ersten Schnitt geben. Seit Jahresbeginn beträgt das Niederschlagsdefizit zwischen 25 bis 40%. Die LK ÖÖ fordert daher die umgehende Freigabe von Bracheflächen.



### DIE AUA FIT MACHEN: BALD BIOKEROSIN AUS HOLZ?

Die AUA soll durch die Nutzung von Biokerosin aus Holz Kosten einsparen, so NÖ LK-Präsident Johannes Schmuckenschlager. Laut Statistik Austria wurden im Jahr 2018 rund 831.000 t Kraftstoff von Fluglinien eingesetzt.



Fotos (2): www.pixabay.com; oben: proPellets Austria

## BESCHIEDENER ANFANG ZU GEOGRAFISCHER HERKUNFT:

# Neue EU-Verordnung zur Herkunftskennzeichnung

**Eine neue EU-Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung sorgt ab dem 1. April für einige Änderungen. Es soll nun strengere Vorschriften bei der Werbung mit der geografischen Herkunft eines Lebensmittels geben. Ein erster Schritt zur durchgehenden Herkunftskennzeichnung?**

Die Herkunft von Lebensmitteln beeinflusst die Kaufentscheidung vieler Konsumenten. Sie wird daher in der Werbung hervorgehoben – insbesondere bei vermeintlich „österreichischen“ Produkten. Bislang mussten diese Lebensmittel aber nicht zur Gänze aus Österreich stammen. Werden sie in mehreren Ländern hergestellt, galt gemäß EU-Recht bisher das Land als Ursprungsland, in dem der letzte wesentliche Arbeitsschritt stattfand. Auf dem Etikett eines in Österreich hergestellten Fruchtjoghurts durfte z.B. die österreichische Flagge abgebildet sein, obwohl die verarbeiteten Früchte aus dem Ausland stammten. Eine neue EU-Verordnung soll das ändern: Seit 1. April 2020 gibt es strengere Vorschriften bei der Werbung mit der geografischen Herkunft. Wird ein Produkt so beworben, obwohl seine Hauptzutat aus einem anderen Land stammt, müssen

Lebensmittelhersteller das nun auf der Verpackung angeben und zwar nicht bloß im Kleingedruckten. Der Hinweis muss im selben Sichtfeld wie die Herkunftsangabe angebracht werden und in der gleichen Schriftgröße. Die Verordnung hat aber eine Einschränkung: Sie besagt, dass Hersteller nur die Herkunft der Hauptzutat kennzeichnen müssen. Gemäß EU-Recht gilt als Hauptzutat, was entweder

über 50 % des Lebensmittels ausmacht oder der Konsument üblicherweise mit der Bezeichnung verbindet. „Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings noch lange nicht ausreichend. Nur eine durchgängige Herkunftskennzeichnung aller enthaltenen Produkte kann hier zielführend sein“, kommentiert der Landesobmann der Freiheitlichen Bauern, Ing. Franz Graf.



**VIELE KONSUMENTEN WÜNSCHEN SICH EINE BESSERE PRODUKT-KENNZEICHNUNG.**

Foto: pixabay.com

### NICHT NUR IN KRISENZEITEN WICHTIG:

## FPÖ betont Wichtigkeit heimischer Lebensmittel

**Einmal mehr forderten die freiheitlichen Bauernvertreter in Bund und Ländern die Umsetzung der lückenlosen Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel.**

„Seit Jahren fordern wir immer wieder eine lückenlose Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, aber leider wurde diese FPÖ-Forderung unzählige Male von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Die Coronavirus-Pandemie hat uns aber wieder einmal vor Augen geführt, wie wichtig die

lokale Produktion von Lebensmitteln ist“, stellte der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner fest. Auch der Landesobmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Ing. Franz Graf, erinnerte daran, dass die Herkunftskennzeichnung nach französischem Modell eine langjährige freiheitliche Forderung sei: „Es ist uns außerdem in den Regierungsverhandlungen 2017 gelungen, diese Forderung in das Regierungsprogramm aufzunehmen. Die Forderung bleibt weiter aktuell.“



Foto: pixabay.com

### BULGARIEN VERPFLICHTET SUPERMÄRKTE:

## Heimische Produkte

Das ärmste EU-Land Bulgarien hat zum Schutz heimischer Bauern in der Corona-Krise die Handelsketten verpflichtet, regionale Produkte anzubieten. Dabei handelt es sich um Milchzeugnisse, Fisch, Fleisch, Eier, Honig sowie Obst und Gemüse. Die Verkaufsstände müssen eine ausreichende Fläche haben und

speziell gekennzeichnet sein. Damit sollen kleine regionale Erzeuger unterstützt werden, erläuterte die Regierung in Sofia ihre Anordnung. In dem EU-Land sind sowohl heimische als auch ausländische Handelsketten tätig. In den großen Supermarktketten sind derzeit etwa 80 Prozent des Angebots an Obst und Gemüse importiert.



Foto: pixabay.com



DIE MEISTEN FERTIGSALATE STAMMEN AUS DEM AUSLAND - DER KONSUMENT KANN DAS OFT NICHT ERKENNEN.

NEUN VON ZEHN SALATEN STAMMEN AUS DEM AUSLAND:

## Ausländische Packerl-Salate

Neun von zehn essfertigen Packerl-Salaten kommen aus dem Ausland. Zudem ist die Kennzeichnung vor allem bei Salatmixturen miserabel, stellten Testeinkäufer fest.

Die „Store-Checker“ der LK Steiermark sind regelmäßig unterwegs und überprüfen jüngst beispielsweise die Herkunft von essfertigen Salaten in Plastikverpackungen.

„Das Ergebnis ist miserabel: Die tatsächliche Herkunft der essfertigen Packerl-Salate bleibt vielfach ein gut gehütetes Geheimnis, außerdem finden sich kaum heimische

Salate in den Hochglanz-Verpackungen. Und für jeden missverständlich sind die rot-weiß-roten Fahnen mit der Zusatzinformation „hergestellt in Österreich“ auf den Verpackungen, die die heimische Herkunft vorgeben sollen, obwohl der Salat bei genauer Überprüfung aus einem anderen Land kommt“, legt der steirische Kammerdirektor Werner Brugner die zentralen Kritikpunkte des Herkunftstests offen.

Von Ende Jänner bis Mitte Februar prüften die „Store-Checker“ im Handel 80 verschiedene, essfertig geschnittene Salate im Packerl oder Becher: Vogerlsalat, Salatherzen, Rucola, junger Blattsalat, Mischsalate sowie verschiedene andere Pflücksalate. Neun von zehn getesteten Produkten oder Mischungen kommen aus dem Ausland - besonders auffallend ist die lückenhafte Kennzeichnung bei Salatmixturen. Konkret: 89 % (71 Proben) der untersuchten essfertigen Salate kommen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus Ländern wie Spanien, Ungarn, Italien, Deutschland oder Frankreich. Nur bei einem von zehn Packerln kommt der Salat tatsächlich auch aus Österreich.



VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN MIT SKURRILER THESE:

## Corona durch Fleisch?

Der einschlägig bekannte und selbsternannte Tierschutzverein „Verein gegen Tierfabriken“ (VGT) ist in einer aktuellen Pressemeldung der Ansicht, dass der Fleischverzehr der Menschheit das Corona-Virus ausgelöst habe. Es sei Zeit, auf

pflanzliche Alternativen umzusteigen. Die Fleischindustrie produziere, laut VGT, multiresistente Keime. Durch wissenschaftliche Erkenntnisse ist diese Aussage aber offenbar nicht gedeckt, was die „Tierschützer“ nicht weiter stört.



KOMMENTAR  
Franz Graf

## ZEIT ZUM NEU DENKEN

Der Beitrag der Bauern zum Wohlstand und zur Lebensqualität eines Landes wird völlig unterschätzt. Nach der Lähmung und dem folgenden Schock durch Corona, geht es jetzt um konsequente Schadensbegrenzung, sowie Vorkehrungen zu treffen, um solche Schäden künftig zu verhindern. Die Versprechungen der Regierung zeigen sich immer mehr als zu schwerfällig und kompliziert. „Wer schnell hilft, hilft doppelt“, soll nicht nur angekündigt sondern gelebt werden. Daher verlangen wir Freiheitlichen Bauern eine Entlastung für alle Höfe durch die Übernahme der SV-Beiträge und die extra stark betroffenen Bereiche mit Direkthilfen zusätzlich unterstützen. Das geht schnell und unbürokratisch. Der „Shutdown“ hat uns gezeigt wie die Warenströme bei Lebensmitteln laufen und wo es eben nicht richtig läuft. 4 Mio. Österreicher essen täglich ausser Haus. Aber dort wird ihnen nur 10 % aus heimischer Herkunft serviert. Klare und 100%ige Kennzeichnung verbunden mit einem Außenhandelschutz gegen Nahrungsramsch aus Drittländern ist der erste Grundstein zu besseren Preisen und einer besseren Eigenversorgung. Höchste Zeit für mehr Ehrlichkeit in der Agrarpolitik. Denn nicht wenige Großagrarbetriebe sondern viele bäuerliche Familienbetriebe sind verantwortlich für unsere krisensichere Lebensmittelversorgung, sowie für ihre hohe Qualität und die unserer Umwelt.



## FPÖ WILL VORGÄNGE RUND UM CORONA-KRISE AUFKLÄREN

# Corona-U-Ausschuss beantragt

Die Kritik der FPÖ an der Regierungspolitik in der Corona-Krise wird immer lauter. Im Raum stehen Vorwürfe des Machtmissbrauchs und einer bewussten Desinformationspolitik der Schwarz-Grünen Regierung.

Nicht nur wollen Klubobmann Herbert Kickl und seine Fraktionskollegen Gesundheitsminister Rudolf Anschober wegen schuldhafter Rechtsverletzungen beim Verfassungsgerichtshof anklagen, sie fordern auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um die von der Regierung in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie getroffenen Entscheidungen zu prüfen. Konkret will die FPÖ im Zuge des „COVID19-Untersuchungsausschusses“ klären, welche Entscheidungsgrundlagen der Regierung wann zur Verfügung standen, ob der von ihr betriebene „Shutdown“ tatsächlich alternativlos war und ob Bundeskanzler Sebastian Kurz bzw. die Regierung bewusst Angst in der Bevölkerung schüren wollten. Außerdem soll eruiert werden, wie es zu den umstrittenen Verordnungen und Erlässen des Gesundheitsministeriums kam und warum öffentlich mehrfach suggeriert wurde, dass sogenannte „Corona-Partys“, also Treffen im privaten Rahmen, rechtswidrig seien. Auch

die allgemeine Stoßrichtung der Informationspolitik der Regierung, Entscheidungen rund um die Vorkommnisse in Ischgl und etwaige Medienbeeinflussungen durch Corona-Inserate sollen unter die Lupe genommen werden. In der Begründung des Antrags verweist die FPÖ unter anderem auf das Protokoll einer Expertenrunde unmittelbar vor dem „Shutdown“, an der auch Bundeskanzler Kurz und Gesundheitsminister Anschober teilgenommen haben. Zudem werden verschiedene öffentliche Aussagen der Regierungsmitglieder

zitiert. Für die FPÖ ergibt sich daraus der Verdacht „einer massiven politischen Manipulation“, welche letzten Endes zu Maßnahmen geführt hat, die ihrer Ansicht nach jede Verhältnismäßigkeit vermissen lassen und deren Tragweite für den Rechtsstaat, die Demokratie, die Gesellschaft und die Wirtschaft noch nicht absehbar sei. Beispielhaft werden die Verordnungen des Gesundheitsministers und der sogenannte „Ostererlass“ angeführt. Bestätigt fühlen sich die Freiheitlichen in ihrer Kritik durch Aussagen renommierter Verfassungsexperten. Die FPÖ geht davon aus, „dass die Angstverbreitung der Regierung Methode hat“.



EIN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS SOLL DIE CORONA-MASSNAHMEN AUFKLÄREN.

Symbolbild: wikimedia.org/Ourzo1980 (CC BY-SA 4.0)

Fotos (3): pixabay.com

### GOTTESDIENSTVERBOT VERFASSUNGSWIDRIG?

Während sich in Österreich die Kirchen mit dem Gottesdienstverbot abgefunden haben, klagte in Deutschland ein Muslim vor dem Verfassungsgericht und bekam Recht. Es sei unter Auflagen möglich, dass Gottesdienste stattfinden.



### SPANIEN LOCKERT MASSNAHMEN GEGEN CORONA

In Spanien gelten weltweit mit die strengsten Beschränkungen wegen der Corona-Pandemie. Jetzt will das Land langsam die Auflagen lockern, da auch hier die Neuansteckungen zurückgehen. Die Regierung hat einen Vier-Phasen-Plan entwickelt.



### USA: NEUES FREIHANDELSSABKOMMEN TRITT IN KRAFT

Das neue Freihandelsabkommen USMCA soll nach Angaben der Trump-Regierung nun zum 1. Juli in Kraft treten. Trump hatte das Abkommen im Jänner unterzeichnet. Es ersetzt den bisherigen NAFTA-Freihandelsvertrag mit Kanada und Mexiko.



## FPÖ-BRÜCKL ZUR ÖFFNUNG DER SCHULEN:

# Krise regional bewerten

„Die Rückkehr zur Normalität muss so schnell wie möglich ins Visier genommen werden, um den Schaden so gering wie möglich zu halten. Das betrifft nicht nur Geschäfte und Betriebe, sondern auch Kindergärten, Schulen und Unis“, hält FPÖ-Bildungssprecher Hermann Brückl fest. „Man hätte die Zeit des Lock-downs besser nüt-



zen müssen. Die Regierung wäre gut beraten gewesen, notwendige Daten zu erheben, um im Rahmen eines regionalen Risikomanagements auch auf regionale Unterschiede einzugehen“, so Brückl. „Es ist sinnlos, Schulen in Bundesländern, wo das Infektionsgeschehen sehr gering ist, weiterhin geschlossen zu halten.“

## LINZER FP-VIZEBÜRGERMEISTER MARKUS HEIN:

# Linzer Solidaritätsfond

Linzer Vizebürgermeister Markus Hein, der als Initiator des Linzer COVID-19-Solidaritätsfonds gilt, sieht im nunmehrigen Regelwerk zum Fonds ein sehr treffsicheres Instrument, das seiner Intention inhaltlich voll entspricht. Hein erklärt dazu: „Mir war es wichtig, dass diejenigen, die wegen der Corona-Krise von einem auf den



anderen Tag ihre Einnahmequelle oder Arbeit verloren haben und praktisch vor dem Nichts standen, rasch Hilfe bekommen! Natürlich können die städtischen Zuschüsse, die nicht zurückbezahlt werden müssen, bei vielen nicht annähernd alle tatsächlichen finanziellen Verluste abdecken – aber es ist ein Anfang!“



**BRÜSEL LÄSST GRENZEN FÜR MIGRANTEN OFFEN:**

## Offene Grenzen in der EU

„Unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung“. Mit diesen Worten kritisierte Harald Vilimsky, freier Delegationsleiter im EU-Parlament, eine Entscheidung der EU-Kommission. Demnach dürfen Per-

sonen, „die internationalen Schutz oder Schutz aus anderen humanitären Gründen benötigen“, trotz Reisebeschränkungen aufgrund der Corona-Krise auch weiterhin nahezu ungehindert in die EU einreisen.

Foto: fs-media / Schobesberger

**ÄNDERUNGEN DES EPIDEMIEGESETZES:**

## Härtefallfonds: Unternehmen als Bittsteller

**Das Krisenmanagement der Regierung im Zuge der Corona-Pandemie sorgt für Kritik. So etwa die Abschaffung der Entschädigungsansprüche.**

Die Schwarz-Grüne Regierung hat mit vielen Schmähs versucht, sich möglichst ohne Ansehenschaden durch die Krise zu retten. Ein besonders unwürdiges Schauspiel war die Abänderung des Epidemiegesetzes. Dort ist explizit geregelt, dass Betriebe, die wegen einer Epidemie geschlossen werden müssen, vollen Verdienstausschlag, sowie eine Vergütung durch die Republik erhalten.

Anstelle der klaren deutlichen Regelung im Epidemiegesetz wurden verschiedenste neue Maßnahmen durch die Re-

gierung ins Leben gerufen, darunter die neue Kurzarbeit, Härtefallfonds und Nothilfefonds, sowie Garantien für Überbrückungskredite. Somit wurde der Verdienstausschlag nach Bekanntwerden der Tatsache, dass es sich bei COVID-19 um eine Pandemie handelt, gegen eine Vielzahl von gegenüber dem Epidemiegesetz ungünstigeren Regelungen ersetzt. Gleichzeitig hatte die Bundesregierung noch die Stirn, sich in der Außenkommunikation etwa betreffend den Härtefallfond,

als Retter der Wirtschaft hinzustellen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Regierung machte Anspruchsberechtigte nach dem Epidemiegesetz zu Bittstellern. Es ist fraglich, ob diese Bestimmungen juristisch halten werden.



Foto: stock.adobe.com

**USA ZEIGEN, WIE MAN ES BESSER NICHT MACHT:**

## Lieferkette unterbrochen

**Wie sensibel die Versorgung der Bevölkerung ist, kann derzeit in den USA beobachtet werden. Trotz Überproduktion, kommen die Waren nicht an.**

Aus Fehlern anderer sollte man in Krisenzeiten lernen. Das Wort von der Versorgungssicherheit und der Selbstversorgung durch die heimische Landwirtschaft ist besonders in Zeiten der aktuellen Krise sehr oft zu hören. Doch ist die Lebensmittelversorgung ein sehr sensibles System. Auch wenn die Dimensionen nicht vergleichbar sind, lohnt ein Blick in die USA. Viele Bauern vernichten seit Wochen Hühnereier, reife Paprika oder gießen frische Milch in den Ausguss. Und das, obwohl Millionen Amerikaner während der Corona-Pandemie nicht wissen,

wie sie ihre Familie satt bekommen, und die Regale in Supermärkten leer waren. Das Problem ist die Lieferkette. Viele Betriebe, die für die Verarbeitung oder den Transport zuständig sind, haben wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Die amerikanischen Bauern wissen daher nicht, an wen sie ihre Waren abgeben sollen. Eine Ab-Hof-Verkaufskultur – wie in unterschiedlicher Dichte in Österreich vorhanden – gibt es ebenfalls nicht. Daher sind die Landwirte trotz Überproduktion nicht in der Lage, die Konsumenten zu erreichen. Die Lehre daraus kann nur sein, weiter konsequent regionale Vertriebswege zu fördern. Das macht die heimische Lebensmittelversorgung noch krisenfester und steigert auch das Verständnis für die Landwirtschaft.



Foto: stock.adobe.com

**SCHWERE EINBRÜCHE IM FREMDENVERKEHR:**

## Tourismus im freien Fall

Die Tourismuswirtschaft ist mit schweren Einbrüchen konfrontiert. Das macht der gesamten Volkswirtschaft zu schaffen. Immerhin sind die Tourismus- und Freizeitbetriebe für rund 15,3 Prozent

über die vergangenen Jahre starke Zuwächse zu verzeichnen hatte. Doch nun sind seit Anfang März Nächtigungen quasi inexistent. Selbst wenn sich für die Sommersaison die Verhältnisse wieder etwas normalisieren und die Einreise wieder erlaubt ist, ist fraglich, ob die Zielgruppen auch tatsächlich Urlaub machen werden.



Foto: pixabay.com



Foto: pixabay.com / Komposition: Der Freie Bauer

**IN DER CORONA-KRISE GAB ES SCHWERE FEHLER IN TIROL:**

# Schwarzer Filz in Ischgl

**Die Entwicklungen und Enthüllungen rund um die Bekämpfung des Corona-Virus in Ischgl haben gezeigt, dass offenbar ein gravierendes Behördenversagen vorliegt. Auch aktive Einflussnahme aus ÖVP-Kreisen bis in die Bundesebene kann nicht ausgeschlossen werden. Insgesamt tut sich ein erschreckendes Sittenbild schwarzer Seilschaften auf.**

Während Island bereits in der ersten März-Woche feststellten, dass sich seine Bürger allesamt beim Skifahren in der Region Ischgl angesteckt haben, kamen die Behörden in Österreich nicht in Gang und ließen das ansteckende Apres-Ski-Treiben weiter geschehen. Mittlerweile ist bewiesen, dass es hunderte Corona-Fälle europaweit gibt, deren Epizentrum in Ischgl liegt.

„Dieser Skandal schadet Österreich nachhaltig. Ich erwarte mir dazu endlich eine Stellungnahme von Gesundheitsminister Rudolf Anschober, der sich als verantwortliches Regierungsmitglied mit Sicherheit über alle Details informiert hat“, so FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer. Trauriger vorläufiger Höhepunkt war das hilflos wirkende Interview des Tiroler Gesundheitslandesrates Bernhard Tilg (ÖVP) in der ZIB2. Tirols FPÖ-Landes-

parteiobmann Klubobmann Markus Abwerzger: „Der Fernseh-Auftritt war erschreckend, planlos - und ist aufklärungsbedürftig. Darüber hinaus hat uns Klubobleuten im Tiroler Landtag der Landesamtsdirektor beim Ob-leuerat erklärt, dass das mit dem Abtransport der Gäste über Innsbruck nicht stimmen würde. Weiters waren Aussagen des Landessanitätsdirektor inakzeptabel und auch medizinisch falsch.“

Norbert Hofer stellte diesbezüglich klar: „Da machen es sich die Verantwortlichen zu einfach. Diese Vorgangsweise macht auch niemanden wieder gesund und trägt auch nicht dazu bei, dass Fehler in der Zukunft vermieden werden. Volle Transparenz ist das Gebot der Stunde.“

Dabei gehe es Hofer nicht um wechselseitige Schuldzuweisungen, sondern darum, aus diesem Debakel die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Denn diese könnten Leben retten. Auch FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner schlägt in dieselbe Kerbe: „Wir werden uns im Nachgang dieser Krise sehr genau anschauen müssen, wer zu welchem Zeitpunkt welchen Wissensstand hatte und wann und warum welche Aktion gesetzt oder unterlassen wurde. Es geht hier sehr konkret um die Gefährdung von Menschenleben – da gab es in dieser Republik schon wegen weniger einen Untersuchungsausschuss.“

Fotos (3): pixabay.com

**BUNDESREGIERUNG: VERFUSCHTES EPIDEMIEGESETZ**

Die neueste unübersichtliche Änderung des Epidemiegesetzes durch die Regierung legt fest, unter welchen Voraussetzungen Veranstaltungen künftig stattfinden dürfen. Auch bestimmte Personengruppen können ausgeschlossen werden.



**WEITERE EINSCHRÄNKUNGEN DER BÜRGERRECHTE**

Eine weitere Beschneidung der Grundrechte durch die Bundesregierung: Demonstrationen können durch die Behörden nun leichter untersagt werden. Es ist außerdem möglich eine Veranstaltung für bestimmte Personen einzuschränken.



**KATASTROPHENSTIMMUNG BEI UNTERNEHMEN**

Raiffeisen-OÖ-Chef Heinrich Schaller spricht in einem Interview von einer „Katastrophenstimmung bei den kleineren und mittleren Unternehmen, während die großen Unternehmen seit der Krise 2008 Liquiditätsvorräte aufgebaut haben.“



**CORONA: EU VERFOLGT GANZ EIGENE ZIELE**

## Kommission in der Krise

Als „falsche Solidaritätsbekundung und blanken Aktionismus“ kritisierte der FPÖ-Abgeordnete im EU-Parlament Roman Haider die von Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgeschlagenen Pläne eines europäischen Mechanismus für Kurzarbeitsgeld im Rahmen der Coronakrise (SURE). „Die EU-Kom-



mission hat bis heute keinerlei Krisenstandhaftigkeit gezeigt. Das haben die Nationalstaaten erneut in die Hand genommen. Stattdessen versucht von der Leyen, die Krise für bereits gescheiterte Agenden zu missbrauchen“, so Haider. Die Pläne legen den Verdacht nahe, dass es nur darum gehe, Brüssel mehr Macht zu geben.

## BASTI FANTASTI UND DIE CHLOROPHYLL-MARXISTEN:

# Methoden am Rande des demokratischen Modells - Demokratie in der Krise

**Das Krisenmanagement der Bundesregierung in der Corona-Pandemie wird zwiespältig bewertet. Während viele Medien in eine Heiligenverehrung abrutschen, sehen Kritiker viele Mängel und Pannen, aber auch zynische Machtgier auf Seiten der ÖVP und der Grünen.**

„Die nach dem Gesetz vom 15. März 2020, BGBl. I Nr. 12/2020, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlass der durch den Corona-Virus verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen, der Regierung zustehenden Befugnisse gehen sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die einzelnen Bundesminister über.“ Haben Sie den leicht veränderten Gesetzestext erkannt? Nein? Es handelt sich um das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz in der Version aus dem Jahre 1920, mit dem später der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß in der Ständestaat-Diktatur regierte. Lediglich das Datum, die Bundesgesetzblattnummer und das Wort „Corona-Vi-

rus“ statt „Kriegszustand“ statt wurde ersetzt. Ansonsten könnte man aber meinen, dass der Text und die darin enthaltenen Befugnisse für die Bundesregierung überraschend aktuell sind. Gleiches gilt im übrigen auch für das Demokratieverständnis der Bundesregierung. So äußerte Sebastian Kurz am 15. April auf die Vorhaltung, dass viele Gesetze und Verordnungen der Regierung

### SCHWARZE MACHTGIER

verfassungswidrig sein könnten: „Bis eine Überprüfung der Covid-Gesetze durch die Höchstgerichte stattgefunden hat, werden sie nicht mehr in Kraft sein.“ Als ob Verfassungsverletzungen vorübergehend akzeptabel wären. Dass dann zusätzlich die Republik auch noch regress-

pflichtig sein könnte – ganz zu schweigen von vielen anderen Nachteilen, die die Bürger bisher erleiden mussten – ist dem ewigen Jus-Studenten vermutlich noch nicht in den Sinn gekommen.

Eines der Hauptargumente der Bundesregierung zum „Durchpeitschen“ der zahlreichen Covid-19-Sammelgesetze war auch der Zeitdruck unter dem man gehandelt habe. Daher habe man keine Zeit für ausführliche Debatten und eine ordentliche Einbindung der Opposition gehabt. Aber wie sagte bereits der „Heldenzkanzler“ Dollfuß im Jahr 1932: „Die Tatsache, dass es der Regierung möglich ist, selbst ohne vorherige endlose parlamentarische Kämpfe sofort gewisse dringliche Maßnahmen in die Tat umzusetzen, wird zur Gesundung unserer Demokratie



Foto: stock.adobe.com

wesentlich beitragen.“ Und diesem fragwürdigen Demokratieverständnis sind viele Politiker in der Volkspartei treu geblieben. Die Arroganz der Macht steckt tief in der DNA der ÖVP – sei sie nun die „neue“ Volkspartei, oder die alte. Dazu kommen noch die zahlreichen gewollten (?) Missverständnisse in diversen Verordnungen.

Die Regierung spekuliert dabei offenbar mit dem gefährlichen Virus Angst. Und mit Leuten, die an krankhafter Angst leiden, kann man Vieles anstellen. Man kann es schon förmlich hören: Was hätten wir denn tun sollen, wir haben ja solche Angst gehabt. Übertriebene Angst und Fügsamkeit sind nicht nur der Tod von westlichen Demokratien, sondern auch von Bürgerrechten, die unsere Vorfahren uns einst erkämpften. Für diese Rechte ist viel



### MACHTVERLIEBT: BUNDESKANZLER SEBASTIAN KURZ

Man hätte bereits vor der Krise entsprechende Notfallpläne entwickeln müssen, die dann von Juristen auf ihre Rechtskonformität hätten geprüft werden können. Zudem rechnet man bereits seit Langem mit neuen Pandemien auf der Welt. Was spricht dagegen, entsprechende Notfallpläne – auch in Form von Gesetzen – bereits in der Schublade zu haben?

Foto: wikimedia.org / MSC (CC BY 3.0 DE)



Blut geflossen. Heute werfen wir sie leichtfertig weg, wenn das Leben ein wenig unbequem wird.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaft sei hier besonders die Posse rund um die Aushebelung des Epidemieggesetzes erwähnt. Der § 32 des Epidemieggesetzes regelt die Vergütung für Unternehmen, denen „wegen der durch die Behinderung ihres Erwerbes entstandenen Vermögensnachteile eine Vergütung zu leisten ist“, wenn

#### TRANSPARENZ FEHLT

ihnen etwa die Erwerbstätigkeit untersagt wurde, oder der Betrieb aufgrund einer Infektionskrankheit behördlich geschlossen wurde. Es handelt sich dabei übrigens um die volle Vergütung des Verdienstentganges und der Entgeltfortzahlung für Ange-

stellte durch die Republik.

Im zweiten Gesetzespaket, genannt „2. COVID-19-Gesetz“ vom 21. März wurde dieser Entschädigungsanspruch für Unternehmen ausgehebelt und der von Kritikern als „Allmosenfond“ bezeichnete „Härtefallfond“ eingerichtet. Die Bundesregierung konnte sich dadurch mit wohlwollender Hilfe der Medien als „Wohltäter“ und „Retter der Wirtschaft“ feiern lassen, obwohl die gesetzlichen Grundlagen für die Entschädigung der Unternehmen bereits vor den Covid-Gesetzen existierten. Und solche Fehler oder Überrumpelungen sind Legion in den über 140 Gesetzen und Verordnungen, die die Bundesregierung im Eiltempo durch das Parlament drückte.

Es gilt aber Festzuhalten, dass unsere Demokratie auch – und erst recht – in der Kri-

se bestehen muss. Die Einschränkungen für die Bürger und die Wirtschaft sind nur dann akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe transparent und nachvollziehbar sind. Wenn Kritik und Widerspruch nicht nur erlaubt, sondern wechselseitig eingefordert und angehört werden und wenn Transparenz herrscht, auf welche wissenschaftlichen Berater sich die Entscheidungen der Regierung stützen und warum auf diese und nicht auf andere. Bundeskanzler Kurz hingegen lässt Widerspruch weder gelten, noch ermuntert er gar dazu. Mit seiner verantwortungslosen Krisenrhetorik regiert er vor allem mit der Angst der Menschen. Äußerungen wie „schon bald wird jeder jemanden kennen, der an Corona gestorben ist“, oder es könnten „knapp 100.000 Menschen sterben“,

#### SCHWARZES SCHACHSPIEL MIT DER MACHT IM STAAT

Es steckt tief in der DNA der Volkspartei, sich die Republik zur Beute zu machen. Viele ÖVP-Politiker betrachten ihre Machtpositionen offenbar als Erbrecht und haben teilweise die Bodenhaftung bereits komplett verloren. Schwarze Allmachtsphantasien greifen um sich.

passen in das Repertoire eines Regierungschefs, der sich in internen Sitzungen zu Kommentaren versteigt, man müsse den Menschen Angst vor dem Virus machen. Einen solchen Bundeskanzler als Krisenmanager zusammen mit seinen grünen Steigbügelhaltern hat sich die Republik sicher nicht verdient und beschädigt das demokratische System nachhaltig.



KOMMENTAR  
Herwig Mahr

## LANDWIRTSCHAFT ENTFESSELN

Die Corona-Krise hat allen wieder einmal vor Augen geführt, wie wichtig unsere heimische Landwirtschaft ist. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass die Regale in den Supermärkten gefüllt sind. So gut wie die Lebensmittelversorgung in der Krise auch funktioniert hat, darf man dennoch nicht auf ein immanentes Problem vergessen: Unsere Bauern sind die Knechte der Globalisierung. Sie leiden immer mehr unter dem Druck des internationalen Handels. Es müssen mehr Anreize für einen heimischen Wertschöpfungskreislauf geschaffen werden. Es ist doch paradox, dass wir unsere Produkte exportieren und gleichzeitig billige, teils qualitativ minderwertigere Waren aus dem Ausland importieren. Das Fortbestehen unserer Landwirtschaft muss es uns wert sein, auch hier verstärkt auf das Patriotismusprinzip zu setzen – ganz nach dem Motto „Fahr nicht fort, kauf im Ort“. Damit unterstützen wir nicht nur unsere heimischen Landwirte, sondern erhalten auch die notwendige Unabhängigkeit im internationalen Umfeld. Das ist in unser aller Interesse. Dafür müssen wir um- und neu denken. Experten sagen, dass nach der Krise vieles anders sein wird. Doch über das Wie entscheiden die politischen Verantwortungsträger. Die Bundesregierung muss die Chance der Krise nutzen und Maßnahmen für die nachhaltige Stärkung der heimischen Lebensmittelproduktion setzen. Wir müssen unsere Landwirtschaft entfesseln!

## ÖFFENTLICHER VERKEHR MUSS ATTRAKTIVER WERDEN:

# Autonutzung nach der Krise



**Ausbau des öffentlichen Verkehrs sei wichtiges Instrument für die Weiterentwicklung und müsse langfristig betrachtet werden, so Verkehrslandesrat Mag. Günther Steinkellner.**

Das Auto gewinnt nicht nur in der Krisenzeit an Bedeutung, sondern voraussichtlich auch danach. Zu diesem Fazit kommt eine Umfrage der InnoFact AG bei der 500 Autofahrer befragt wurden. Mehr als drei Viertel gaben an, den Öffentlichen Verkehr bewusst zu meiden. Ein Fünftel

der Befragten gibt des Weiteren an, dass man beabsichtigt, auch in der Zeit nach Corona vermehrt das Auto zu nutzen, um weniger mit Bakterien und Viren in Berührung zu kommen. Günther Steinkellner sieht vor allem gesundheitliche Besorgnis als entscheidenden Faktor. „Die

Corona-Pandemie hat sich in den Köpfen der Bevölkerung verankert. Das ist angesichts der Tragweite dieser Infektion, die gesamte Kontinente heruntergefahren hat nachvollziehbar. Allerdings wird es auch ein Leben nach Corona geben. Gerade der Öffentliche Verkehr bildet für die zukünftige Entwicklungsfähigkeit unseres Bundeslandes eine essentielle Säule auf die wir bauen.“

Für Steinkellner ist klar das der Öffentliche Verkehr mittel- bis langfristig essentiell ist: „Rasche, kostengünstige, umweltschonende und staufreie Wegstrecken von der Region in die Ballungsgebiete sind nur mit einem attraktiven öffentlichen Mobilitätsangebot realisierbar. Die Infrastruktur in den Ballungsgebieten ist bereits angespannt und auch die aktuelle Regelung der kostenfreien Nutzung von Kurzparkzonen wird kein Dauerzustand bleiben können.“

## CORONA-KRISE MACHT REFORMBEDARF IN ÖSTERREICH OFFENSICHTLICH:

# Haimbuchner: Österreich hat jetzt die Chance über sich hinaus zu wachsen

**Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, äußerte sich zu grundsätzlichen Lehren, die Österreich aus der Coronakrise ziehen müsse.**

„Während Donald Trump, Wladimir Putin, Xi Jinping, Mohammed bin Salman und andere weltweite Player derzeit an einer neuen Wirtschafts- und Währungsordnung basteln, beschäftigen wir uns in Österreich mit der Sperrung des Neusiedlersees und der Öffnung der Bundesgärten. Das ist einem Exportland und einem der führenden wirtschaftlichen und industriellen Hochtechnologiestandorte Europas

unwürdig“, so Haimbuchner. Er wünsche sich auch eine bessere Einbindung von Experten in den politischen Diskurs. So habe beispielsweise das Bundesheer seit vielen Jahren Risikoabschätzungen publiziert, die vor genau solchen jetzt eingetretenen Katastrophenszenarien warnten, die aber seitens der Politik auf taube Ohren gestoßen sind. „Viele Verantwortliche in Politik und Medien denken immer noch in den Strukturen der 80er & 90er Jahre des letzten

Jahrhunderts. Diese Zeit ist lang vorbei und wir müssen unseren Teil dazu beitragen, um unser Europa und auch die Welt nach Corona aktiv mitzugestalten. Damit das gelingt, brauchen wir ein starkes und selbstbewusstes Land, das auch bereit ist, über sich hinauszuwachsen.“



## GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



## Dinkel-Sauerteigbrot

**Zutaten:**

300 g Sauerteig  
450 g Dinkelvollkornmehl  
200 ml Wasser  
1 TL Salz  
1 EL Kümmel

**Zubereitung Sauerteig:**

Am ersten Tag 75g Dinkelvollkornmehl mit 75ml lauwarmem Wasser mit einem Holzlöffel gut verrühren, in eine Schüssel geben und abdecken (nicht verschließen, der Sauerteig benötigt für die Gärung Luft). Nun muss der Teig 12 Stunden bei Zimmertemperatur ruhen. Anschließend gut durchrühren und erneut 12 Stunden ruhen lassen. Vom zweiten bis zum vierten Tag täglich 75g Dinkelvollkornmehl und 75ml Wasser hinzufügen, gut verrühren und erneut 24 Stunden ruhen lassen. Am fünften Tag ist der Sauerteig fertig. Tipp: Sauber arbeiten und Teigreste vom Rand der Schüssel entfernen, um Schimmelbildung zu verhindern.

**Zubereitung Brot:**

- 300g Sauerteig, 450g Dinkelvollkornmehl, 200ml Wasser, 1 TL Salz und 1 EL Kümmel (oder beliebige Gewürzmischung) verrühren und einige Minuten kräftig kneten.
- Einen Laib formen und diesen in einem bemehlten Gärkorbchen etwa zwei Stunden gehen lassen.



- Den Brotrohling nun auf ein bemehltes Backblech stürzen und mit einem Messer ein Muster einschneiden (ca. 5mm tief).
- Im vorgeheizten Backrohr bei 250°C solange backen, bis die gewünschte Bräunung erreicht ist, dann auf 170°C zurückschalten und fertigbacken. Gesamtbackzeit: 50 min (Bei der doppelten Menge verlängert sich die Backzeit um ca. 15 min)

**Tipp:** Sauerteig hält sich im Kühlschrank, im abgedeckten, nicht verschlossenen Glas, ca. eine Woche. Etwa 50g Sauerteig reichen aus, um Sauerteig für weitere Brote anzusetzen. Wollen Sie am nächsten Tag Brot backen, einfach den gekühlten Sauerteig mit 150g Mehl und 150ml Wasser vermengen und 24 Stunden bei Zimmertemperatur ruhen lassen. Dann kann es los gehen!

**Guten Appetit!**

**KURS: HEIMISCHE BAUMARTEN LEICHT ERKANNT**

Viele Menschen können die heimischen Baum- und Straucharten nicht mehr benennen. Im Seminar an der Böhmerwaldschule in Ulrichsberg am 29.5. werden spielerisch die Arten bestimmt und kennengelernt. Infos: boehmerwaldschule.at

**FÜHRUNGEN IM STIFT SCHLÄGL WIEDER MÖGLICH**

Ab Mitte Mai finden wieder regelmäßige Führungen im Stift Schlägl statt. Die neue Ausstellung führt die Besucher nicht nur durch die Geschichte des Klosters, sondern spannt zugleich einen Bogen in die Gegenwart und in die Zukunft.



Fotos (2): pixabay.com

**+++ ANZEIGE +++****EINBAUKÜCHEN ganz neu zum HALBEN PREIS**

mit Kochinsel, inklusive aller Markengeräte, Top-Ausstattung wie Rollauszüge, Karussell usw. derzeit große Auswahl, mit Planungs-Service

**0660/5203411**

**VOR BLITZ UND UNWETTER SCHÜTZE UNS:****Traditionelle Flurumzüge**

Die Tage vor Christi Himmelfahrt sind die Zeit der Prozessionen und Flurumzüge. Der uralte liturgische Anruf Gottes „Vor Blitz und Ungewitter schütze uns, o Herr!“, gibt den Sinn dieser Umzüge durch Dörfer und Fluren in kürzester Form wieder. Der Priester schritt segnend mit dem Allerheiligsten durch die aufblühende Natur,

die Bevölkerung begleitete ihn. Solche Bittprozessionen sind schon seit dem 6. Jahrhundert belegt. Auch heute noch werden selten Flurumgänge veranstaltet, bei denen man den Erntesegen erbittet.

Beim „Kornfeldbeten“ zieht eine Gruppe von Gläubigen Kapellen um dort den Segen für Flur und Feld zu erbitten.

**SCHUTZPATRON VON OBERÖSTERREICH UND LINZ****Heiliger Florian von Enns**

Am 4. Mai ist der Gedenktag des OÖ Landespatrons, dem Hl. Florian. Der Märtyrer soll bei Enns mit einem Mühlstein um den Hals am 4. Mai 304 von einer Brücke gestoßen worden sein. Der Hl. Florian, Schutzheiliger der Feuerwehr und der Rauchfänger, Bäcker, Weinbauern und Bierbrauer, wurde 1971



zum Patron der Diözese Linz und am 4. Mai 2004 vom OÖ Landtag zum offiziellen Landespatron neben dem Hl. Leopold erklärt. Er genießt im Augustiner Chorherrenstift Sankt Florian große Verehrung, wo es früher an diesem Tag Kerzenweihen für Wetterkerzen gab. Wetterkerzen sind ein altes Abwehrmittel gegen Unwetter und Gewitter.

#### 45 JAHRE FRANZ KIRCHNER BIG BAND IN BAD GOISERN

Am Pfingstmontag präsentiert die Franz Kirchner Big Band ihr Programm „A Tribute to Roger Cicero“ im Innenhof Schloss Neuwildenstein in Bad Goisern. Die Big Band ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt und ist in Ebensee beheimatet.



#### PFINGST-FRÜHSCHOPPEN DER BÜRGERMUSIK ST. WOLFGANG

Am Sonntag, den 31. Mai findet ab 10:30 Uhr der Pfingst-Frühshoppen der Bürgermusik St. Wolfgang im Ortszentrum statt. Die Bürgermusik freut sich über Besucher, die eine musikalische Einstimmung auf Pfingsten erleben wollen.



#### HEIMISCHE ORCHIDEEN - NATIONALPARK KALKALPEN

Am 6. Juni von 9:30 bis 13:00 Uhr findet eine Wanderung zu den heimischen Orchideen im Hengstpass statt. Der Nationalpark stellt Ihnen die faszinierende Pflanzenfamilie vor. Information: Infostelle Windischgarsten, Telefon + 4375 62/526617.



Fotos (3): pixabay.com

## LAND OBERÖSTERREICH UNTERSTÜTZT BEDÜRFTIGE:

# Corona: Oberösterreich stellt 580 Millionen zur Verfügung

„Als das Wirtschafts- und Arbeitsplatzbundesland Nummer Eins ist OÖ von den Auswirkungen der Corona-Krise besonders betroffen. Doch wir lassen in unserem Land niemanden im Stich. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz und um jeden Betrieb“, stellt Manfred Haimbuchner klar.

Daher habe das Land OÖ ein 580 Millionen Euro starkes Hilfspaket geschnürt, um die Gesundheit der Bürger zu schützen und der Wirtschaft die notwendige Unterstützung zu gewähren, um so Arbeitsplätze abzusichern. FP-Klubobmann Ing. Herwig Mahr gibt aber auch zu Bedenken: „Für uns ist allerdings klar: Dieses Hilfspaket ist nur ein erster Schritt, weitere werden notwendig sein. Es ist erforderlich, sich mehr an das Patriotismusprinzip zu halten. Das heißt: Heimische Betriebe sollen bei Aufträgen aus Steuermitteln oder bei staatlichen Förderungen bevorzugt werden. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.“ 400 Millionen Euro des Hilfspakets sind für Bürgschaften und Landeshaftungen für Unternehmen reserviert. Für Sport- und Kulturvereine wurde ein Härtefonds von fünf Millionen Euro eingerichtet. Für Schutzmaterial für Mitarbeiter in Gesund-

heits- und Pflegeberufe sind 80 Millionen Euro reserviert. Nun wurde ein Gesamtpaket geschnürt, das Arbeitsplätze sichern, Unternehmen am Leben erhalten und den Wirtschaftskreislauf in Schwung bringen soll. Für Kleinbetriebe ist ein Härtefonds von 100 Millionen Euro vorgesehen. Weitere 10 Millionen Euro fließen in die Kinderbetreuung, um Abhilfe bei den Fixkosten zu schaffen, die

trotz der Schließungen anfallen. Im Wohnbaubereich verzichte das Land auf Mahnsperren und Delogierungen. Derzeit seien rund 20 Millionen.

Euro an Unterstützung budgetiert „und wir sehen, dass es angenommen wird“, sagte Haimbuchner. So seien die Ansuchen um Wohnbeihilfen im Vergleich zu den Vormonaten „um 50 Prozent gestiegen“.



Foto: FPÖ

## TROTZ TROCKENHEIT SIND RESERVEN DA:

# Klinger: Trinkwasserversorgung ist gesichert

„Trotz der Trockenheit besteht kein Grund zur Sorge, denn Schwankungen beim Grundwasser hat es oft gegeben“, erklärt Landesrat Wolfgang Klinger.

Die durchschnittlichen Monatswerte der Grundwasserstände lagen im Innggebiet, Eferdinger Becken und dem Vöcklagebiet leicht unter den jeweiligen Mittelwerten, im Machland deutlich unter den Erwartungswerten. In der Welser Heide sind ebenfalls tiefe Stände zu

verzeichnen. Doch hinter diesen Grundwasserständen stehen nach wie vor mächtige Grundwasserkörper. „Auch wenn die Corona-Krise zu einem erhöhten Wasserverbrauch geführt hat und der März niederschlagsarm war, hätte dies allein unsere Versorger vor keine Probleme gestellt. Die letzten Jahre haben uns jedoch gezeigt, dass es bei Einzelwasserversorgungsanlagen zu quantitativen Problemen kommt. Gemeinschaftsanlagen haben hier sehr selten Probleme“, so Klinger.



## STEINKELLNER WILL WERTSCHÄTZUNG ZEIGEN:

# Freifahrten für Soldaten

Im Rahmen der COVID-19 Krise unterstützt das österreichische Bundesheer umfassend, um die Pandemie eindämmen und möglichst rasch den Normalzustand wiederherstellen zu können. Die Gewährleistung der Mobilität ist ein wichtiger Faktor, um die Einsatzpläne effizient abwickeln zu können. „In Oberösterreich

haben sich alle Verkehrsverbund-Partner bereit erklärt, ihre Transportleistung für Soldaten kostenlos zur Verfügung zu stellen“, informiert Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner. Und weiter: „Aktuell gibt es nur ein Motto, um die Pandemie einzudämmen und dieses lautet: gemeinsam schaffen wir das.“



Foto: www.wikimedia.org/GT1976 (CC-BY-SA 4.0)



DER DEUTSCHE STARKOCH UND LANDWIRT FRANZ KELLER IST UNZUFRIEDEN MIT DER LEBENSMITTELINDUSTRIE.

## PROMINENTER STARKOCH UND LANDWIRT FRANZ KELLER:

# Gegen Sterbmittelindustrie

**Der prominente deutsche Starkoch und Landwirt Franz Keller will eine Revolte gegen die Lebensmittelindustrie beginnen. Man könne damit in der eigenen Küche starten.**

Der Ärger über die mangelhafte Qualität von Lebensmitteln führte den Koch, der bis 1993 sogar Sternekoch war, in die „Kochopposition“, wie er es nennt. Seit die-

ser Zeit produziert er auf seinem eigenen Bauernhof, aus „Notwehr“, die Fleischqualität, die er sich vorstellte. Seine Meinung zur Massentierhaltung ist dabei klar: „Jedes

fünfte Schwein aus der Intensivhaltung in Deutschland stirbt während der Aufzucht, wir produzieren also pro Jahr 13 Millionen Schweine, die ein qualvolles Leben haben, für den Müll.“ Bereits im Jahr 2018 verfasste der zornige Küchenmeister sein Buch „Vom Einfachen das Beste. Essen ist Politik“. Die Abrechnung mit der Industrie wurde zum Bestseller. „Ab in die Küche und zu den Waffen: an die Messer und Schäler, Pürrierstäbe und Hackbeilchen. Der Marschbefehl lautet: gemeinsam anrühren gegen eine Lebensmittelindustrie, die den Namen ‚Sterbmittelindustrie‘ verdient.“



BLÜHSTREIFENAKTION WIRD AUCH 2020 WIEDER STATTFINDEN:

## Bienen: Blühstreifen

Die Initiative „Blühstreifenaktion – mach mit“ wird auch 2020 unsere Bienen und andere Insekten wieder mit abwechslungsreichen Blühflächen unterstützen und so deren Nahrungssicherheit in den mancherorts oft blütenarmen Hochsom-

mermonaten sichern. 2019 wurden in Oberösterreich 662 Kilometer Blühstreifen (z. B. entlang von Kulturen wie Mais oder neben Gewässern) und 104 Hektar Blühflächen in Kooperation mit dem Maschinenring angelegt.

## LANDES RAT KLINGER WARNT

### Erhöhte Waldbrandgefahr

Aufgrund der derzeit herrschenden Trockenheit besteht in großen Gebieten OÖs erhöhte Wald- und Flurbrandgefahr. Verbunden mit der aktuellen Situation aufgrund der Corona-Krise stellt dies eine besondere Herausforderung für die Feuerwehr in OÖ dar. Daher appellieren Feuerwehr-Landesrat Wolfgang Klinger und Landes-Feuerwehrkommandant Robert Mayer an die Bevölkerung, besondere Achtsamkeit zu üben. „Durch erhöhte Wald- und Flurbrandgefahr ist derzeit besondere Vorsicht geboten. Jede und jeder Einzelne kann in diesen besonderen Zeiten einen Beitrag zur Sicherheit von uns allen leisten“, so Klinger. Auch scheinbar sichere Orte können Waldbrände durch gefährlichen Funkenflug auslösen. „Wir bitten gerade in diesen Zeiten keine unnötigen Gefahrenherde herbeizuführen“, appellieren Klinger und Mayer.



Foto: pixabay.com

## HAIMBUCHNER ÜBER INFORMATIONSANGEBOT:

### Artenschutz hat Saison

„Natur- und Artenschutz haben immer Saison - auch in Zeiten der Krise. In Zeiten von Corona bietet es sich an, die Zeit sinnvoll gemeinsam zu nutzen und sich mit der Natur zu beschäftigen.“

Die Abteilung Naturschutz bietet ein breit gestreutes Informationsangebot in Form von Broschüren und Videos. Gerade für



Foto: pixabay.com

diejenigen, die nun mit ihren Kindern zuhause sind, ist das eine gute Gelegenheit, sich mit Artenvielfalt zu beschäftigen. Wer einen eigenen Garten hat, kann jetzt in der Pflanzsaison darauf achten, den Garten so zu gestalten, dass er Lebensräume für Insekten bietet“, regt Naturschutzreferent Manfred Haimbuchner an.

## DIE UMWELTFOLGEN DES VERSTÄRKTEN SOJA-IMPORTS AUF DIE UMWELT:

# Studie der Universität Bonn: Internationaler Sojahandel belastet das Klima

**Eine Studie der Uni Bonn zum Sojahandel zeigt die Umweltfolgen: Ein Großteil des nach Europa importierten Sojas wird als Tierfutter verwendet.**

In welchem Ausmaß Anbau und Handel brasilianischen Sojas das Weltklima belasten, hängt ganz erheblich vom jeweiligen Anbaugbiet ab. Das zeigt eine aktuelle Studie, die die Universität Bonn zusammen mit Partnern aus Spanien, Belgien und Schweden durchgeführt hat. In manchen Regionen fallen demnach beim Export von Soja und Sojaprodukten mehr als 200 Mal so hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen an wie in anderen.

Die EU importierte zwischen 2010 und 2015 Soja vor allem von

Standorten, in denen für den Anbau große Savannen- und Waldflächen in Ackerland umgewandelt wurde.

Der Sojahandel trägt auf verschiedenen Wegen zur Treibhausgas-Produktion bei. Der wohl gravierendste ist die Umwandlung natürlicher Vegetation, wie etwa Wälder, in Ackerflächen. Denn diese binden in der Regel erheblich weniger CO<sub>2</sub> als die ursprünglichen Ökosysteme. Auch bei der Ernte und der

Verarbeitung der Rohprodukte, dem Transport zu den Häfen und der Verschiffung werden Treibhausgase freigesetzt.

Die Wissenschaftler vom Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik (ILR) der Universität Bonn haben diese Abschätzung nun für knapp 90.000 verschiedene Lieferketten vorgenommen, die zwischen 2010 und 2015 für den Soja-Handel genutzt wurden.



Die Wissenschaftler haben auch untersucht, welche Länder durch den Import von Soja besonders große Treibhausgas-Emissionen verursachen. In erster Linie ist das der weltgrößte Importeur China. Dicht auf den Fersen ist ihm jedoch auch die Europäische Union.



## VERBAND DER LAND-

# Corona und den Landwi

Bei der Pressekonferenz des Verbandes der Land- und Forstwirte zeigten die Verbandsspitzen Felix Montecuccoli und Zeno Piatti-Fünfkirchen, nur wenig Optimismus. Zu sehr machen den Landwirten das Klima und die Corona-Krise zu schaffen.

„Obwohl die Ausgangslage 2019 durch den milden Winter und das trockene Frühjahr sehr schlecht war, konnte durch den regenreichen Mai das Schlimmste verhindert werden“, resümierte Zeno Piatti-Fünfkirchen, Vizepräsident des Verbandes, für das vergangene Jahr. „Rübenflächen konnten gerettet, Grünfütterlager wieder aufgefüllt werden und Hackkulturen erzielten eine sehr gute Ernte. Im Ackerbau erfuhren die Winterungen einen Schlag durch die lange Frühjahrsdürre. Die Getreideernte war nach zwei trockenen Jahren wieder auf einem durchschnittlichen Niveau.“

Insgesamt macht sich jedoch der Klimawandel in der Schadenssumme bemerkbar: Von 150 Millionen Euro Schaden

### MEHR RÜBEN UND ÖLKÜRBISSE IN ÖSTERREICH

Die Bauern pflanzen heuer um 13 % mehr Zuckerrüben und sogar um 55 % mehr Ölkürbisse an. Rückgänge gibt es bei Winterrap und Sommergetreide. Landesrat Max Hiegelsberger begründet das mit einer Anpassung an den Klimawandel.



### FRÜHAUSTRIEB: OBSTBAUERN WEGEN WÄRME IN SORGE

Der zweitwärmste Winter und der zweitwärmste Februar sorgen dafür, dass die Obstbäume bereits um durchschnittlich drei Wochen früher mit dem Austrieb begonnen haben. Das Risiko für Spätfrostschäden steigt, befürchten die Obstbauern.



### SCHWEIZER WISSENSCHAFTLER WEISEN NACH:

# Weite Saatzeilen helfen unseren Feldhasen

Schweizer Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass eine Aufwertung des Lebensraumes von Feldhasen unabhängig von der Prädatorenbejugung möglich ist.

In dem Forschungsprojekt war es das Ziel, die geringen Hasendichten in der Kulturlandschaft zu erhöhen. Der alternative Ansatz in der Studie: Die zahlreichen Prädatoren werden nicht weiter reguliert. Lediglich die Aufwertung des Lebensraumes diente als Heßmaßnahme. Dazu zählte das Einsäen von Wildblumenflächen und größere Abstände der Saatzeilen beim

Getreide. Letzteres ermöglicht es dem Feldhasen, die Flächen von Mai bis Juli weiter nutzen zu können. Normale Saatzeilen sind so eng, dass es dort kein Durchkommen für Meister Lampe gibt. Die Wildblumenflächen und weiteren Saatzeilenabstände ermöglichen dem Hasen auch mehr Deckung vor seinen natürlichen Feinden. Diese Maßnahmen beobachteten die Forscher über bis zu sieben Jahre auf vier verschiedenen Flächen. Als Vergleichsflächen dienten traditionell bewirtschaftete Flächen. Es zeigte sich ein signifikanter Anstieg der Hasenpopulation.





VERBAND DER LAND- UND FORSTWIRTE:  
VIELEN LANDWIRTEN MACHEN DIE CORONA-KRISE  
UND DAS KLIMA ZU SCHAFFEN.

Foto: stock.adobe.com

## UND FORSTWIRTE SIEHT SCHWARZ:

# das Klima machen irten zu schaffen

2019 in der Landwirtschaft, waren mehr als 100 Millionen Euro durch Hitze und schlechte Niederschlagsverteilung verursacht. Heuer ist die klimabedingte Situation der Landwirtschaft abermals sehr ernst. Die Winterungen haben bereits erheblichen Schäden erlitten und wenn es nicht bald ausgiebig regnet, sind auch die Sommerungen, speziell die Hackkulturen, in Gefahr. Zusätzlich nehmen Anzahl und Vielfalt der biotischen Schädlinge zu, so dass ein ausreichender Pflan-

### NEGATIVE PROGNOSEN

zenschutz immer schwieriger wird. Der erste Schnitt im Grünland steht in vielen Gebieten Österreichs vor einem Totalausfall.

„In diesem Jahr spielt neben dem Klimawandel auch die Corona-Krise eine große Rolle in der Landwirtschaft. Die Betriebe spüren die Handelshemmnisse und Grenzsicherungen besonders stark, Ackerbau-Betriebe sind mit längeren Lieferzeiten und Preisschwankungen bei Saatgut und Düngemittel

konfrontiert, von der Gastronomie abhängige Landwirte kämpfen mit extremen Umsatzeinbußen und auch ein Arbeitskräftemangel ist großflächig zu spüren“, so Piatti-Fünfkirchen.

„Österreich ist seit Jahren geprägt von einer starken Verarbeitungsindustrie und einem konstant hohen Exportanteil. An dieser Stelle gilt es zu betonen, dass Österreich ein Exportland ist und deshalb sein wirtschaftlicher Erfolg sehr stark von einer reibungslosen Integration in internationale Märkte abhängt. Dies gilt auch für agrarische Produkte.“ Entgegen der Forderungen vieler anderer Landwirtschaftspolitiker, kommen die beiden Frontmänner der Land&Forst Betriebe Österreichs zu dem Schluss, dass „wir für die Lösung der globalen Probleme internationale Koordination, Kooperation und Integration in der EU brauchen. Der Erfolg von Maßnahmen gegen globale Probleme wie etwa Klimawandel, Corona und Co, hängt davon ab, dass Akteure ihre Bemühungen global vervielfachen.“

## IMMER MEHR BETRIEBE WERDEN GESCHLOSSEN:

# Milchbauern geben auf

**Der steigende Druck auf die Milchwirtschaft und der konstant niedrige Milchpreis sorgen dafür, dass immer mehr Milchbauern die Wirtschaft aufgeben.**

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 gab es in Österreich noch 25.608 Milcherzeuger. Das waren um 976 Lieferanten oder 3,7% weniger als im Jahr 2018, teilte die Agrarmarkt Austria (AMA) mit. Der fortschreitende Strukturwandel zeige sich auch darin, dass vor 20 Jahren, also im Jahr 1999, im Inland noch 72.358 Milcherzeuger verzeichnet wurden. Seit damals stellen somit 46.750 Bauern ihre Lieferungen ein. Dieser Trend dürfte sich auch im Jahr 2020 fortsetzen, so die AMA. Für



Foto: stock.adobe.com

das Gesamtjahr 2019 beträgt die von den österreichischen Bäuerinnen und Bauern angelieferte Milchmenge insgesamt 3,377.749 t. Davon wurden 3,139.711 t von inländischen Molkereien und Käsereien übernommen, 238.038 t gingen an Verarbeiter in Nachbarländern. Doch auch die Coronakrise belastet die Milcherzeugung. Vor allem die Nachfrage aus Italien, nach Deutschland der wichtigste Exportmarkt, gehe stark zurück, meldet die Vereinigung der österreichischen Milchverarbeiter VÖM. Auch der Tourismus und die Gastronomie fallen als Verbraucher weg. Österreichs Milchbauern erzeugen ungefähr 15% mehr Milch als im Inland verbraucht wird.



### „BAUERN HELFEN BAUERN“:

## Schleuderpreise bei Rindfleisch

Für viel Kritik sorgte eine Aktion in den Ortsbauernschaften mit dem Namen „Bauern helfen Bauern“, bei denen zu Schleuderpreisen Rindfleisch angeboten wurde. Nachdem viele Bauern Kritik gegenüber der Landwirtschaftskammer übten, erklärte die LK OÖ, dass sie mit dieser Aktion nichts zu tun habe. Man will es hoffen, denn auf der einen Seite protestiert etwa der Bauernbund gegen die Handelsketten und ihre Schleuderpreise, auf der anderen Seite geben sich die Bauern selbst dafür her.

Foto: stock.adobe.com

### SCHWEINEPREISE STÜRZEN WEITER AB

Die prekäre Situation am Schlachtschweinemarkt spitzt sich weiter zu. Während täglich Mastschweine schlachtreif werden, können diese kaum abgesetzt werden. Außer bei Frischfleisch im Lebensmittelhandel stocken alle Absatzrichtungen.



### INTERNATIONALER MILCHPREIS LEICHT GESUNKEN

Nach einem starken Preisrückgang hat der Preis beim Global Dairy Trade weiter um 0,8 % nachgegeben. Auf der Handelsplattform sank der Preis in dieser Woche um 0,8 Prozent auf 2.866 \$/t. Der Preisindex sank um 8 auf 893 Punkte.



Fotos (2): pixabay.com

HEURIGES JAHR WIRD WIEDER HERAUSFORDERND:

# Waldschutzsituation kritisch



DAS SCHADHOLZVOLUMEN HAT IM VERGANGENEN JAHR ENORM ZUGENOMMEN.

Foto: pixabay.com

Für Waldbesitzer sind die letzten drei Jahre eine enorme Herausforderung gewesen. Entspannung ist aber leider keine in Sicht. Auch das heurige Jahr wird unsere Wälder weiter belasten, beginnend mit der Dürreperiode weit in den April hinein. Laut Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) war 2019 das drittwärmste Jahr in der 252-jährigen Messreihe. Die Niederschläge in Österreich verteilten sich sehr unterschiedlich: Im Westen

und Süden war es normal bis feuchter als im langjährigen Mittel, in Kärnten und Tirol waren die Niederschläge lokal sogar um 50 % höher. Im Osten und Norden hingegen fielen teilweise bis zu 40 % weniger Niederschläge. Bei den abiotischen Schäden gab es zudem im vergangenen Jahr etliche Schadereignisse, die auf insgesamt 3,82 Mio. Vfm geschätzt werden – allein auf Oberösterreich entfielen hier 0,91 Mio. Vfm. Das Dauerthema Borken-

käfer wird die Waldbewirtschafteter auch weiterhin beschäftigen. 4,7 Mio. Vfm fielen dem gefräßigen Insekt im vergangenen Jahr zum Opfer. Allein im Waldviertel fielen rund 57 % des gesamten Käferholzes Österreichs an. Bereits 2018 waren es hier 59 % des bundesweiten Käferholzes. Oberösterreich liegt beim Käferholzaufkommen 2019 mit 0,87 Mio. Vfm auf Platz zwei hinter Niederösterreich (2,93 Mio. Vfm). Auffallend ist zudem, dass zunehmend auch die Douglasie von verschiedenen Borkenkäferarten befallen wird, wenn kein anderer Brutfraß mehr vorhanden ist. Auch der Große braune Rüsselkäfer zeigte in jenen Gebieten, in denen nach Borkenkäfer- und Sturmschäden aufgeforstet wurde, wieder höhere Populationen. Auch das Eschentriebsterben hält in Österreich weiter an, auch wenn die wärmeren Temperaturen die Verbreitung von Neuinfektionen deutlich verringerte. In den Gebieten

mit seit Jahren hoher Gradation des Buchdruckers, wie etwa im Waldviertel und im Mühlviertel, sinkt der lokale Anteil der Fichte immer weiter und könnte dafür sorgen, dass sich eine Verlagerung der Kalamitäten in höher gelegene Bestände mit einer Zunahme an innerartlicher Brut- und Nahrungskonkurrenz abzeichnet.



LANDESJAGDVERBAND OÖ:

## Coronavirus und Jagdausübung

In einer Aussendung informiert der OÖ Landesjagdverband über Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Jagdausübung. Landesjägermeister Herbert Sieghartsleitner: „Grundsätzlich sind Reviergänge, Ansitze sowie die gesetzlich erlaubte Jagdausübung oder auch der Bau und die Instandhaltung von Jagdeinrichtungen möglich. Es dürfen Blüh- oder Wildäcker angebaut werden und auch Forstmaßnahmen sind nach wie vor möglich.“ Und weiter: „Aber bitte nur unter den Voraussetzungen, wie sie die Bundesregierung vorgibt! Also entweder alleine oder nur mit Menschen, die im eigenen Wohnungsverband leben oder wenn ein Abstand von mindestens 1 Meter zu anderen Menschen sichergestellt werden kann!“ Allerdings gibt Sieghartsleitner auch zu bedenken, dass es bei der Abnahme des Wildbrets durch den Händler zu besonderen Situationen kommen kann: „Hier sollten sich Jäger auf jeden Fall VOR dem Erlegen erkundigen.“

### WINDKRAFT MACHT DEM AUERWILD ZU SCHAFFEN

Durch Windkraftanlagen kann das Auerwild geeignete Lebensräume nicht nutzen. Das haben Forscher der Forstlichen Versuchsanstalt Baden-Württemberg und der BOKU nachgewiesen. Dieser Effekt hält um bis zu 850 Meter rund um eine Windkraftanlage an. Auch die Zufahrtswege zu den Anlagen verhindern eine Ansiedlung. Auf die Populationsdichte oder höheren Stress haben die Anlagen aber offenbar keine nachweisbare Auswirkung.



Foto: pixabay.com



ANDERE LÄNDER - ANDERE SITTEN: KANADA WILL DIE WOLFSPOPULATIONEN VERRINGERN.

WOLFSPOPULATION SOLL DRASTISCH GESENKT WERDEN:

## Kanada: Weniger Wölfe

Während sich Europa darum sorgt, wie man den Wolf in unserer Kulturlandschaft am besten vermehren kann, geht Kanada einen anderen Weg. Dort will man die

Wolfspopulation sogar um 80 % senken. Grund ist der drastische Rückgang der Karibuherden. Die Jagd soll von Hubschraubern aus betrieben werden.

Foto: pixabay.com



VOR ALLEM DEM ROTWILD MACHEN NICHT GERÄUMTE KALAMITÄTSFLÄCHEN ZU SCHAFFEN.

OFT MEIDET DAS ROTWILD KALAMITÄTSFLÄCHEN:

## Rotwild und Borkenkäfer

Eine Studie der Universität Wyoming/USA hat das Verhalten von Rotwild im Zusammenhang mit Borkenkäferkalamitäten mithilfe von GPS-Telemetrie untersucht. Das Ergebnis: Wird nach großflächigen Kalamitäten das Totholz nicht geräumt, meidet Rotwild die entstehenden Flächen. Obwohl es auf den neuen Kahlflächen reichlich Äsung gab, nutzen die Stücke diese Flächen kaum, sondern konzentrierten sich in den intakten Beständen. Der Grund dürf-

te die selbst für Rotwild aufgrund der vielen kreuz und quer liegenden Stämme schwierige Betretbarkeit gewesen sein. Zwei Rückschlüsse für das ergeben sich daraus: Wird nach Kalamitäten das anfallende Totholz nicht geräumt, verringert sich der verfügbare Lebensraum für Rotwild. Es kommt zu Konzentrationen auf den verbliebenen Flächen mit einem möglichen erhöhten Verbiss. Gleichzeitig dürfte die Wiederbewaldung von dieser Situation profitieren.

Foto: pixabay.com

KONJUNKTURBAROMETER FORST VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE:

## Stimmungslage im Forst

Das Konjunkturbarometer Forst befragt regelmäßig Leiter von Forstbetrieben in Deutschland und Österreich. Nach dem schlechten Jahr 2019 blickten die Forstunternehmen in der jüngsten Umfrage (Ende 2019) wieder etwas positiver in die Zukunft. Fast 70 % der Forstbetriebe erwarten, dass die Rundholzpreise im 1. Halbjahr 2020 zulegen werden. 21 % gehen von gleichbleibenden und 9 % sogar von sinkenden Verkaufspreisen aus. Im gleichen Zeitraum 2018/19 er-

warteten noch 55 % steigende Rundholzpreise. Bei den Ernte- und Transportkosten gab es kaum Veränderungen. Hier erwarten 70 % der Befragten gleichbleibende Kosten. Die Einschätzung der Geschäftslage hat sich jedoch massiv verschlechtert. Beurteilten Ende 2018 noch über 70 % der Forstbetriebe ihre Lage im vergangenen Halbjahr als „zufriedenstellend“ oder „gut“, melden seit dem 2. Quartal 2019 jeweils 75 % der Forstbetriebe eine „schlechte“ Geschäftslage.



Foto: pixabay.com

SEIT 2019 WERDEN SPÜR Hunde AUSGEBILDET:

## Hunde gegen Borkenkäfer

Es hört sich zunächst nach einer gewagten Idee an, die Praxis etwa aus Skandinavien zeigt aber große Chancen: Der Einsatz von Hunden zur Früherkennung von Borkenkäferbefall. Trotz interessanter Entwicklungen auf dem Gebiet der Fernerkundung mit Drohnen, bleibt die Suche vom Boden aus bislang das einzig verlässliche Mittel zur Erkennung eines Befalls. Im Falle des Asiatischen Laubholzbockkäfers und des Zitrusbockkäfers werden

Organisationen anerkannt. Auch die spezifischen Pheromone des Buchdruckers können von der Hundennase wahrgenommen werden. Das zeigen wissenschaftliche Untersuchungen aus Skandinavien. In Österreich werden daher seit 2019 ebenfalls erste Buchdrucker-Spürhunde ausgebildet.

Der größte Unterschied zwischen dem Aufspüren der Laubholzbockkäfer und des Buchdruckers liegt hingegen in der Häufigkeit des Auftretens.



Die Herausforderung liegt für das Gespann also darin, frischen und bekämpfungsrelevanten Befall zu erkennen.

Foto: pixabay.com



ERNEUT STURMSCHÄDEN:

## Sabine fegt durch Oberösterreich

Nach Erhebung der Sturmschäden des Orkans „Sabine“ im Februar steht fest, dass vor allem OÖ – und hier die Bezirke Rohrbach und Schärding – am meisten betroffen waren. Die OÖ Landesforstdirektion rechnet mit 120.000 bis 130.000 fm Schadholz. Es gab aber vor allem Einzelwürfe.

Foto: pixabay.com

GIGANTISCHE WALDSCHÄDEN IN DEUTSCHLAND

In Deutschland sind die Schadholzmengen auf historische Höchstwerte gestiegen. Durch Stürme, Dürren, Waldbrände und Borkenkäferbefall wird die Schadholzmenge seit Beginn des Jahres 2018 auf 160 Mio. fm geschätzt. 245.000 ha müssen aufgeforstet werden.



CHINA: ASP-IMPfstoff ENTWICKELT

Wissenschaftlern aus China ist es offenbar gelungen, einen ersten wirksamen Lebendimpfstoff gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) zu entwickeln. Bislang ist aber nicht bekannt, wann tatsächlich ein kommerzieller Impfstoff verfügbar sein könnte.



Foto: (2) pixabay.com

## BAUERN DÜRFEN NICHT LÄNGER IM BERMUDA-DREIECK VON ÖVP,

# Die Krise muss als Chance für die

**„Gefahr“ und „Gelegenheit“ bedeuten die beiden chinesischen Schriftzeichen, die zusammen für das Wort „Krise“ stehen. Die aktuelle Krise führt uns schonungslos vor Augen, in welche gefährlichen Abhängigkeiten uns die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte getrieben haben. Ergibt sich daraus eine Gelegenheit für die Landwirtschaft?**

„Wir haben alles falsch gemacht, was man falsch machen kann“, zitierte kürzlich der „Kurier“ Wirtschaftsministerin Schramböck, die nun gegen den Ausverkauf von Schlüsselbetrieben an China und die USA ein Gesetz vorgehen will. Seit der Gründung der Zweiten Republik gab es in Österreich 20 Wirtschaftsminister bzw. Handelsminister. In den vergangenen 75 Jahren gehörten nur drei Minister nicht der ÖVP an! Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bereich der Landwirtschaft. Von 19 Landwirtschaftsministern gehörten nur fünf Minister nicht der ÖVP an. Wer, wenn nicht die EU-hörige ÖVP, hat die Voraussetzun-

gen dafür geschaffen, dass unser Land in Krisenzeiten sehr arm da steht?

Die Globalisierung, das Hamsterrad der Preisdrückerei, gefährdet augenscheinlich Österreichs Selbstversorgung. Der Rechtsanwalt Dr. Tassilo Wallentin schreibt dazu: „Unsere Regierung ist gemäß Artikel 9a der Bundesverfassung dazu verpflichtet, die Selbstversorgung des Landes sicher-

### VERNETZTE WIRTSCHAFT

zustellen (wirtschaftliche Landesverteidigung). Derzeit leben wir nicht in einer vernetzten Wirtschaft, sondern in gefährlichen Abhängig-

keiten.“ Betreffend die Landwirtschaft mahnt Wallentin: „Österreich ist im Ernstfall nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen. Wir bräuchten längst einen nationalen Aktionsplan zum Schutz bäuerlichen Bodens und zur Regionalisierung der Ernährungskette – wie in Russland oder China.“

Während sich die Corona-Krise von einer gesundheitlichen Bedrohung zu einer ökonomischen Katastrophe unbestimmten Ausmaßes entwickelt, lässt Kanzler Kurz verlautbaren: „Keiner wird zurückgelassen“ und „Koste es, was es wolle“. Doch davon sind

wir weit entfernt! Indes arbeiten unzählige Pressereferenten des Kanzleramtes auf Hochtouren, die getroffenen Maßnahmen schönzureden und Kritik von Fachleuten schlicht als „falsche Meinungen“ zu degradieren. Die willkürlichen und sichtlich ohne Plan geschnürten Hilfspakete, hätte man sich

### PLANLOSE HILFSPAKETE

jedoch zur Gänze sparen können. Warum? Wäre das Jahrzehnte lang gültige Epidemiegesetz nicht in einer Ho-ruck-Aktion von Basti und den Chlorophyll-Marxisten abgeändert worden, dann hätte der Staat für sämtliche Ausfälle der Betriebe, welche auf die Corona-Krise zurückzuführen sind, aufkommen müssen! Ein Fakt, der von den etablierten Medien unter den Tisch gekehrt wird. Krisen schärfen bei vielen



△ Hält das Hilfspaket wirklich, was es verspricht?

Durch die Globalisierung sind die Preise in einer Abwärtsspirale. ▷

## BAUERNBUND UND LANDWIRTSCHAFTSKAMMER VERSCHWINDEN:

# Landwirtschaft genutzt werden

Menschen das Bewusstsein dafür, was im Leben wirklich wichtig ist. „Die Wertschätzung für die Landwirtschaft und die regionale Produktion ist in den vergangenen Monaten in der Bevölkerung stark gestiegen. Wir Bauern sind Teil eines lebensnotwendigen Wirtschaftsbereiches! Die Bevölkerung hat das verstanden, die Regierung leider nicht. Für die Land- und Forstwirtschaft, die nicht erst seit der Corona-Krise unter enormem wirtschaftlichen Druck steht, konnte immer noch kein Hilfspaket geschnürt werden, das dem Namen nur annähernd gerecht wird. Mit kleinen Tropfen auf den heißen Stein, versucht die ÖVP uns Bauern seit Jahren ruhig zu stellen und sieht dabei zu, wie die Anzahl der Betriebe stetig schwindet“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ, Ing. Franz Graf, der die Regierung

dazu aufruft, die Krise als Gelegenheit zu erkennen und Rahmenbedingungen für die heimische Landwirtschaft zu schaffen, die unseren Betrieben eine echte Zukunftsperspektive geben.

Im Jahr 2001 hat HR DI Dr. Hubert Pflingstner, langjähriger Direktor der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, die ökonomische Situation von landwirtschaftlichen Betrieben analysiert und die Ergebnisse in der Fachzeitschrift „Der Ländliche Raum Online“ beschrieben: „Die landwirtschaftlichen Betriebe werden in Zukunft durch die weitere Liberalisierung des Agrarmarktes und die EU-Erweiterung verstärkt unter Wettbewerbsdruck

### WETTBEWERBSDRUCK

geraten. Deshalb ist es erforderlich, die derzeitige Situation zu analysieren und

Anpassungserfordernisse aufzuzeigen. Es kommt zum Ausdruck, dass in keiner der dargestellten Betriebsformen (Marktfrucht- Veredelungs- und Futterbaubetriebe) und in keiner Größenklasse der Unternehmensaufwand zusätzlich Lohn- und Zinsansatz durch die Erträge (inkl. öffentlicher Gelder) zur Gänze gedeckt wird. Doch

### VERTRIEBSQUELLEN

je größer der Betrieb, umso eher ist dies möglich.“ Seitdem wurde kräftig investiert und Raiffeisen und Co. haben „bereitwillig“ Kredite vergeben. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist in den vergangenen 20 Jahren um ein Drittel gestiegen. Gleichzeitig sind die Kosten für Betriebsmittel explodiert und die Erzeugerpreise gesunken. „Unsere Bauern dürfen nicht mehr länger im ‚Bermudadreieck aus ÖVP, Bauernbund und Landwirtschaftskammer‘, wie es unser Klubobmann Herbert Kickl treffend formulierte, verschwinden“, fordert Graf.

Warum der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in die Pflicht zu nehmen ist und warum die Direktvermarktung nur ein Teil der Lösung ist, veranschaulichen folgende Zahlen. Der mengenmäßige Marktanteil sämtlicher alternativer Vertriebsquellen liegt derzeit bei lediglich 5,5 Prozent. Auf den LEH inkl. Diskonter entfallen somit 94,5 Prozent.

Die Direktvermarktungsanteile von Wurst und Schinken liegen bei nur zwei Prozent, Fleisch und Geflügel bei vier Prozent und Frischobst und Frischgemüse bei jeweils nur knapp über zwei Prozent. Der LEH ist der eigentliche Verursacher des Preisdrucks, um auf Kosten der Bauern jährliche Gewinne einfahren zu können. Wenn man jedes Jahr um zwei Prozent billiger produzieren muss, dann ist der Betrieb in zehn Jahren tot und wenn man nicht billiger liefern möchte, wird man ausgetauscht, hört man von Produzenten hinter vorgehaltener Hand. Diese Taktik, hat mitunter beispielsweise Spar Österreich in den vergangenen zehn Jahren ein Wachstum von 46 Prozent beschert. Graf betont abschließend: „Zweifelsohne müssen Alternativen zum LEH gefördert werden. Diese Zahlen zeigen deutlich auf, dass auch der Handel und die Verarbeiter in die Pflicht genommen werden müssen. Jahrzehnte von ÖVP geführte Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien haben es nicht geschafft, die österreichische Landwirtschaft in dem Maß zu schützen, die ihrer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gerecht wird. Wir Freiheitliche fordern daher, den Preis endlich an die Produktionskosten zu koppeln und eine durchgängige Herkunftskennzeichnung einzuführen.“



## MANFRED HAIMBUCHNER: DAS KRISENMANAGEMENT DER SCHWA

# „Die Bundesregierung produziert

**Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner nimmt im Gespräch mit „Der freie Bauer“ ausführlich Stellung zu der Corona-Krise und ihre Auswirkungen auf die Politik und die Wirtschaft und welche Rolle freiheitliche Grundsätze dabei spielen.**

**Die Bundesregierung spricht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von der „größten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ und der Notwendigkeit für außergewöhnliche Maßnahmen. Stimmen Sie dieser Beurteilung zu?**

Die weltweite Pandemie durch den Covid-19-Virus sorgt nicht nur in Oberösterreich, sondern auf der ganzen Welt für eine Krise

in vielen Gebieten unserer Gesellschaft. Durch das Virus wurden viele Bereiche des öffentlichen Lebens zum Stillstand gebracht. Auch die globale Fragilität unseres Wirtschaftssystems zeigt die gegenwärtige Krise sehr deutlich. Wir haben als Freiheitliche Partei bereits zu Beginn der Corona-Krise deutlich gemacht, dass wir zu einem nationalen Schulterschluss bereit sind und dazu stehen wir. Ich habe

die Bundesregierung jedoch frühzeitig vor dem Irrtum bewahrt, dass sich dadurch automatisch jegliche Kritik an der Art des Krisenmanagements verbieten würde. Für das Zudecken von etwaigem verantwortungslosem Handeln stehen wir nicht bereit. Wir werden uns etwa rund um die Ereignisse in Ischgl oder auch bezüglich fragwürdiger Verordnungen im Nachgang dieser Krise sehr genau anschauen müssen,

wer zu welchem Zeitpunkt welchen Wissensstand hatte und wann und warum welche Aktion gesetzt oder unterlassen wurde. Es geht hier sehr konkret um die Gefährdung von Menschenleben – da gab es in dieser Republik schon wegen weniger einen Untersuchungsausschuss.

**Die Menschen machen sich Sorgen, dass die Regierung mit den Einschränkungen der Bürgerrechte zu weit ginge. Man sorgt sich um mögliche Allmachtsphantasien von Grün und Schwarz. Sind diese Sorgen berechtigt?**

Es herrscht vor allem ein Kommunikations- und Maßnahmenchaos, das den Bür-



△ Der „Shutdown“ traf vor allem die Gastwirte wirtschaftlich enorm hart.

Für Oberösterreich als Industriebundesland ist es jetzt wichtig, rasch zur Normalität zu finden. ▽



Fotos (2): stock.oxidobe.com



## RZ-GRÜNEN BUNDESREGIERUNG IST STARK KRITIKWÜRDIG:

# „t ständig Rechtsunsicherheiten“

gern nicht mehr zuzumuten ist. Von Handy-App und Datenweitergabe über Maturaprüfungen und Mundschutzversorgung bis hin zu Ausgangsbeschränkungen und Anschöber-Oster-Erlass zeigt sich, dass diese Bundesregierung mit der Bewältigung der Krise schlichtweg überfordert ist. Auch der überaus laxer Umgang der gesamten Bundesregierung mit Verordnungen, Gesetzen und Erlassen sorgte bereits für massive Verunsicherung in der Bevölkerung. Hier hatten Experten zuletzt starke Bedenken angemeldet und einen sensibleren Umgang mit den Instrumenten des Rechtsstaats eingemahnt. Die

von der Bundesregierung am laufenden Band produzierten Rechtsunsicherheiten, wie zum Beispiel das Chaos rund um die Ausgangsbeschränkungen, verunsichern die Bevölkerung und sind schlicht nicht hinnehmbar. Das muss sich dringend ändern!

**Auch die EU glänzt in der Krise eher mit Untätigkeit. Brauchen wir die EU überhaupt noch, wenn sie ihre Aufgaben nicht wahrnehmen kann?**

Die EU ist in der momentanen Krise weitgehend abgemeldet. In der Krise beweist der Nationalstaat seinen Wert. Die Mitgliedsstaaten haben die EU mit genügend Kompetenzen ausgestattet,

um sich in dieser Krise nützlich zu machen. Doch stattdessen bastelt man in Brüssel lieber daran, Europa in eine Haftungsunion zu zwingen. Wenn sich das nicht ändert und kein wirkliches Umdenken stattfindet, sehe ich nicht ein, warum Österreich auch in diesem Jahr wieder über eine Milliarde Euro an Steuergeld in einen dann offenkundig nicht reformfähigen Apparat stecken sollte, wenn wir das Geld in der Krise dringend selbst brauchen. Europa ist für mich eine Heimat, die zu wichtig ist, um sie in die Hände von Bürokraten und Technokraten zu legen.

**Auch die Forst- und Landwirtschaft ist hart getroffen**

**worden durch den „Lockdown“. Wie kann man den Wirtschaftsmotor wieder anwerfen?**

Was die Menschen jetzt brauchen, sind flächendeckende Steuersenkungen und ein Investitions- und Konjunkturprogramm. Dazu gehört beispielsweise auch ein Patriotismusprinzip bei der Vergabe von Aufträgen aus Steuergeld, so dass heimische Unternehmen vor ausländischen profitieren können. Dass der grüne Vizekanzler Kogler laut über die Einführung einer Erbschaftssteuer nachdenkt und sowohl die SPÖ als auch der ÖGB sogleich eine nebulöse „Millionärsteuer“ ins Feld führen, zeigt deutlich, dass Bundesregierung und Teile der Opposition schon Hand in Hand an der Refinanzierung der Staatsausgaben basteln. Das ist in der jetzigen Situation jedoch der völlig falsche Weg und noch dazu einer, der offenbar mit neuen Fantasiesteuern für Mittelstand und Unternehmertum gepflastert ist. Wenn uns diese Krise etwas lehrt, dann, dass wir nicht länger so tun können, als sei Österreich eine Insel der Seligen und uns das Geschehen im Rest der Welt somit nichts angeht.

### LANDESHAUPTMANN-STV. DR. MANFRED HAIMBUCHNER

„Die Maßnahmen zu Beginn der Krise waren richtig und wurden auch mitgetragen. Im Laufe der Krise hatte man aber das Gefühl, dass man sich in der Regierung in der Rolle des Krisenmanagers gefallen hat. Sachliche Kritik ist da nicht mehr angekommen, Widerspruch wurde nicht geduldet. Die Österreicher haben die Krise gut gemeistert, dank ihrer Disziplin und Eigenverantwortung. Jetzt ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.“





KOMMENTAR

Arthur Kroismayr

## CORONA UND GLOBALISIERUNG

Die Coronakrise zeigt, wie wichtig regionale Strukturen und eine regionale Lebensmittelproduktion tatsächlich sind, um die Bevölkerung nachhaltig mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Politiker und Funktionäre verschiedener Couleur werden nicht müde das zu erwähnen und sie haben dabei grundsätzlich recht. Umso unverständlicher ist, dass die Preise, sei es nun Milch oder Fleisch, wieder (teils stark) sinken. Der Erklärungsansatz mancher „Experten“ dies sei der Fall, weil die Menschen weniger auswärts essen gehen, ist natürlich kompletter Unsinn.

Dafür wird zu Hause wesentlich mehr gekocht und gegessen als vor der Corona Krise und gerade in privaten Haushalten wird tendenziell eher mehr heimische Qualitätsware verkauft als in der Gastronomie oder in Großküchen. Der Grund für die sinkenden Preise liegt natürlich an der globalen Abhängigkeit der Erzeugerpreise in Österreich. Die erschwerte Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der Europäischen Union (vor allem aus Deutschland) trifft den europäischen Markt und somit auch uns in Österreich.

Die Coronakrise, die ja auch eine Globalisierungskrise ist, schadet den regional produzierenden Bauern. Was paradox klingt ist längst Realität geworden. Wir produzieren in einer Welt, in der wertvolle heimische Lebensmittel zum Billigprodukt des Welt Handels degradiert wurden.

## HEIMISCHES HOLZ ODER HOLZ AUS DER TSSCHECHI:

# Sägewerke: Streit um Holzimporte aus der Tschechei

**Der Borkenkäferbefall in den heimischen Wäldern sorgt für ein immer höheres Schadholaufkommen und dadurch für Schwierigkeiten bei der Abnahme. Gleichzeitig sorgen Holzimporte vor allem aus der Tschechei für Unmut bei den heimischen Waldbewirtschaftern.**

Bereits im Jänner, also mitten im Winter, seien heuer erstmals Borkenkäfer gesichtet worden. Mit den nun wöchentlich steigenden Temperaturen breitet sich der Schädling weiter aus. „Wir müssen das Borkenkäferholz nun wieder so schnell wie möglich aus dem Wald rausbringen, um die weitere Verbreitung des Schädling einzudämmen“, betont LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger. Der Preis für das Schadholaufkommen deckt aber nicht die Kosten für die Holzentfernung und Aufforstung. 2018 betrug der Holzeinschlag laut Angaben der Land&

Forst Betriebe Österreich 19,2 Mio. Festmeter, um fast 9 Prozent mehr als 2017, davon 10 Mio. fm Schadholaufkommen, einen Rekordwert und darunter eine noch nie dagewesene Menge an Borkenkäferholz, nämlich 4,3 Mio. fm. Die genauen Zahlen für 2019 liegen noch nicht vor, haben aber laut Holzmarktexperten das Ausmaß von 2018 mit Sicherheit übertroffen. Für Kritik sorgen zugleich die Importe von

Holz aus dem Ausland – vor allem aus der Tschechei, während das Käferholz im Wald liegen bleibe. Vertreter der Sägewerke erinnern allerdings daran, dass man nicht nur Käferholz, sondern auch Frischholz brauche. Der inländische Holzmarkt sei aber auch in „normalen“ Jahren nicht in der Lage, den Frischholzbedarf der Sägewerke zu decken. Daher sei der Import wirtschaftlich notwendig.



Foto: pixabay.com

## BUNDESREGIERUNG WILL PAKET SCHNÜREN:

# Covid 19: Unterstützung für die Landwirtschaft

**Die Bundesregierung hat ein Unterstützungspaket in Aussicht gestellt, das eine Unterstützung für betroffene Betriebe und Branchen vorsieht.**

Aus dem Paket wird auch ein Härtefallfonds gespeist, der ursprünglich mit 1 Mrd. Euro dotiert war und mittlerweile auf 2 Mrd. Euro aufgestockt wurde. Mit Geldern aus diesem Fonds soll es Hilfestellung dort geben, wo durch den Wegfall des Einkommens die Bestreitung des täglichen

Lebens in Gefahr steht. Der Fonds ist in zwei Beantragung- und Auszahlungsphasen geteilt: In der Phase 1 werden je nach Höhe des Einheitswertes 500 Euro oder 1.000 Euro ausbezahlt. In der Phase 2 sind für einen erweiterten Teilnehmerkreis bis zu 2.000 Euro pro Monat für die nächsten drei Monate – somit insgesamt bis zu 6.000

Euro als Unterstützung möglich. Als möglicher Bezieher der Soforthilfe kommen auch land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Frage.



Foto: pixabay.com



TROTZ NACHTFRÖSTEN:

## Bienensaison startet

Das neue Bienenjahr hat bereits begonnen. Die zwischenzeitliche Abkühlung mit Nachtfrost hat die Entwicklung gebremst. Um Bienen und andere Insekten zu unterstützen, können alle mithelfen, indem insektenfreundliche Pflanzen angelegt werden. Die COVID-Krise trifft auch die Imker. Betroffene, die Hilfe benötigen, können sich an [www.imkerhilfe.at](http://www.imkerhilfe.at) wenden.

Foto: pixabay.com



DIE POLITISCHE VERTRETUNG  
DER BAUERSCHAFT BRAUCHT  
REFORMEN.

## LANDWIRTSCHAFTSKAMMER MUSS REFORMIERT WERDEN:

# Kammerreform ist das Ziel

„Seit 30 Jahren steht die ÖVP in Verantwortung für die Bauern in diesem Land – eine unglaubliche Machtfülle, die im Ergebnis zu einer Fülle von negativen Auswirkungen auf die Landwirte geführt hat. Die ÖVP hat die Bauern mehr und mehr in ein System der Abhängigkeit gedrängt“, so FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl zu echten Reformen.

Die Bauern würden quasi in einem „Bermudadreieck“ aus ÖVP, Bauernbund und Landwirtschaftskammer verschwinden, so Kickl weiter. Der Begriff des Bauernsterbens sei kein bloßes Schlagwort, sondern Realität. 1970 gab es in Österreich 366.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 799.000 Arbeitskräften. 1990 waren es 282.000 Betriebe mit 507.000 Arbeitskräften und 2017 hatten wir in Österreich nur mehr 162.000 Betriebe

### ALTERNATIVEN GESUCHT

mit 405.000 Arbeitskräften, der Großteil von ihnen Familienarbeitskräfte.

„Es ist höchst an der Zeit, eine ordentliche Kammerreform in Österreich einzuleiten. Die Bauern haben jetzt eine wirkliche Alternative zum ÖVP-Bauernbund. Wir stellen nämlich sicher, dass die Anliegen und die Probleme in der Landwirtschaft, aber auch die dazu nötigen Lösungsvorschläge nicht nur in der Kammer diskutiert,

sondern auch im Landtag und im Nationalrat vorgebracht werden“, betonte der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner.

Auch der Landesobmann der Freiheitlichen Bauern OÖ Ing. Franz Graf betonte die Notwendigkeit einer Kammerreform, um die Landwirtschaftskammer zukunftsfähig zu machen und ein gerechtes, modernes und transparentes Wahlsystem einzuführen. „So wie bei allen anderen Kammern, ist auch in der Land- und Forstwirtschaft das Kammerwahlrecht nur den aktiv Tätigen einzuräumen, also nur den Landwirten, die kammerumlagepflichtig sind. Auch eine deutliche Verwaltungsvereinfachung durch eine zentrale Erfassung der Wahlberechtigten ist unbedingt anzustreben“, so Graf. „Auf der Höhe der Zeit zu sein, heißt nicht sich jeder Mode zu

unterwerfen, sondern nicht stehen zu bleiben und damit den Anschluss an die Zukunft zu sichern. Das sollte auch für seine politische Vertretung, die Landwirtschaftskammer, gelten“, so der Landesobmann weiter. „Gerade für die LK stellt die heutige

### HANDLUNGSBEDARF

Zeit völlig neue Herausforderungen, die vor Jahrzehnten noch ganz andere waren. Dafür brauchen wir eine topfite Kammer, sowie ihrer politischen Instrumentarien! Wenn deren Zusammensetzung aber auf ein mehr als 50 Jahre altes Gesetz zurück geht, dann ist ‚nicht mehr zeitgemäß‘ keine Vermutung, sondern es tut sich Handlungsbedarf auf“, stellt Graf klar, dass 31.000 Betrieben heute 130.000 Wahlberechtigte bei einer Kammerwahl gegenüberstehen.



ES BRAUCHT JETZT EIN ZEIT  
GEMÄSSES WAHLSYSTEM.



### KOMMENTAR

Alois Ganglmayr

## REGIONALITÄT IN DER KRISE

Das Thema Regionalität ist seit der Corona-Krise in aller Munde. Wenn es heißt „Kauf in der Region“ bin ich mir aber nicht sicher ob das tatsächlich Regionalität bedeutet. Wenn bei bäuerlichen Familienbetrieben im Gemüse- und Erdbeerbau die Produkte am eigenen Feld wachsen, sie aber gleichzeitig viele Arbeiter von Billiglohnländern beschäftigen - ist es dann auch noch Regionalität? Früher hat man mit kleinen Flächen bei Sonderkulturen arbeitstechnisch alles bewerkstelligen können. Diese Betriebe wurden durch die Globalisierung zur Aufgabe gezwungen und andere Betriebe haben ihre Flächen erweitern müssen. Und natürlich ist dann die Problematik, dass man die Arbeit mit den familieneigenen Arbeitskräften nicht mehr bewerkstelligen kann. Der Einzelne kann gegen diese Entwicklung nur teilweise gegensteuern. Es muss der politische Wille da sein und die Ausgaben für Grundnahrungsmittel müssten sich vom durchschnittlichen Einkommen auf 30 Prozent erhöhen, um nicht so eine anfällige Wirtschaftssituation zu haben. Die Krise hat uns vor allem gezeigt, dass wir unsere Definition von Wohlstand überdenken müssen. Vielleicht bedeuten Gemütlichkeit, weniger Stress und leere Straßen auch ein Stückweit Wohlstand. In der Krise mussten wir nicht fliegen, brauchten keine neue Frühjahrsmode und auch kein Wirtshaus. Die richtige Balance macht es aus.



  LKR LA Abg. Ing. Franz Graf

**Regional - die bessere Wahl.**

**Damit der Bauer Zukunft hat!**